Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den nächsten Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 15 Pfg. Alle Postanstalten, Briefträger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 186 · 85. Jahrgang. · Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" · Wilsdruff-Dresden · Postscheck: Dresden 2640 · Donnerstag, den 12. August 1926

Poincarés jüngster Sieg.

Die Nationalversammlung in Versailles hat mit 671 gegen 144 Stimmen die Verfassungsergänzungsvorlage nach den Anträgen Poincarés angenommen. Dann wurde die Nationalversammlung für geschlossen erklärt.

Poincaré hat in Versailles gesiegt. Gesiegt allerdings in einer Form, die von wildem Lärm umtobt war. Aber innerlich war der Lärm ein ohnmächtiger; allzu genau wußte man, daß Poincaré bei der Französischen Nationalversammlung siegen würde, siegen mußte. Denn seine Niederlage hätte das Chaos bedeutet. Und er hat diesen Sieg mit den stärksten verfassungsmäßigen Garantien versehen lassen, die Frankreich besitzt. Während bei uns ein verfassungsänderndes Gesetz mit Zweidrittelmehrheit ohne besondere Feierlichkeit angenommen werden kann und nur Zweidrittel der Abgeordneten wirklich abstimmen müssen, hat die französische Verfassung jede Änderung mit besonderer Feierlichkeit umkleidet, so daß ein Rütteln, ein Umstürzen des in gemeinsamer Sitzung von Deputiertenkammer und Senat gefaßten Beschlusses fast eine Unmöglichkeit ist.

Poincarés Antrag ging dahin, daß der von ihm zur Festigung der Währung vorgeschlagenen autonomen Kasse zur Verwaltung der Bons der nationalen Verteidigung und zur Amortisierung der öffentlichen Schuld ein „verfassungsmäßiger Charakter" verliehen werde. Der Kasse sollen folgende Einnahmen für diesen Zweck überwiesen werden: die Überschüsse des Tabakmonopols, der Ertrag einer einmaligen Steuer aus Eigentumswechsel, die Erbschaftssteuer und die freiwilligen Abgaben; ferner soll aber auch in dem Fall, daß diese Mittel für die Durchführung des Tilgungsplanes nicht genügen sollten, aus dem Haushalt ein entsprechender Betrag an die Kasse übergeführt werden.

Die Opposition in Versailles führte zwar einen lauten, aber hoffnungslosen Widerstand und der Führer der Sozialisten erschöpfte sich vergeblich in stundenlanger Kritik. Aber die Sozialisten selbst denken nicht daran, Poincarés Pläne zu stören; Poincaré soll selbst scheitern, sein Optimismus soll sich als irrig und irreführend erweisen. Poincarés Vorschläge bringen nach Ansicht der Opposition keinerlei Heilung. Das einzige, was Frankreich retten könne, sei die Kapitalsabgabe. Poincaré antwortete dem Sozialistenführer Blum selbst. Es war nicht ungeschickt von ihm, wenn er darauf hinwies, wie auch in anderen Ländern, die in schwerer finanzieller Krise gewesen sind, eine solche Kapitalsabgabe gescheitert sei, ein Argument, das ja besonders auf die früheren deutschen Verhältnisse im August 1923 stimmt. Aber dann kommt plötzlich der alte Poincaré zum Vorschein; er behauptet nämlich, daß an der gegenwärtigen schwierigen Finanzlage und der Masse der im Umlauf befindlichen kurzfristigen Schuldscheine und Nationalbons „in letzter Linie die Tatsache schuld ist, daß Deutschland seinen Reparationsverpflichtungen nicht nachgekommen sei". Das löste auf der Rechten stürmischen Beifall aus; das „Le Boche payera tout", dieses frühere Wort Poincarés von Deutschland, das alles bezahlen werde, geisterte durch den Saal. In resigniertem Bedauern setzte Poincaré allerdings hinzu, heute könne die Lage nicht von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet werden. Er unterstrich dann noch einmal aufs schärfste, daß Frankreich entschlossen sei, nicht bloß seine inneren, sondern auch seine äußeren Schulden zu tilgen. Und nachdem noch einmal ein Skandal und eine Sitzungsunterbrechung stattgefunden hatte, nahm die Versammlung mit 671 gegen 144 Stimmen die Aufnahme des Statutes der Amortisationskasse in die Verfassung an.

Poincaré hat gesiegt, allerdings nur in dieser Versammlung; ob es ihm aber gelingen wird, auch über die Krise hinwegzukommen, Frankreichs Finanzen und Währung wirklich zu sanieren, das muß erst die Zukunft lehren. Man kann nicht sagen, daß die Maßnahmen, die getroffen sind, die Dinge derart energisch anpacken und so tiefwirkend sind, wie die Situation es wohl gebietet. Die Schaffung dieser Amortisationskasse, der bestimmte Einkünfte übertragen sind, kann auch nicht helfen, wenn es nicht gelingt, den Haushalt wieder in Ordnung zu bringen. Sollte der Frank wirklich stabil werden, so wird das wirtschaftliche Folgen haben, die wir ja aus unserer Stabilisierungskrise her recht genau kennen. Aber wir Deutsche wollen nicht vergessen, daß auch bei dieser Gelegenheit das Wort von der deutschen Schuld und der deutschen Nichtbezahlung blitzartig den Geist beleuchtet, von dem Poincaré noch immer erfüllt ist.

Der französische Frank fällt wieder.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Berlin. Nachdem Dienstag der französische Frank bereits eine erhebliche Abschwächung erfahren hatte, trat Mittwoch vormittag an den maßgebenden Auslandsplätzen ein weiterer Rückgang ein. Paris gegen London notierte um ½11 Uhr 178,00 gegen nur 171,25 am Vortagsschluß. Der belgische Frank, welcher sich gestern hatte auf 174,75 behaupten können, gab gleichfalls auf 178,00 nach.

Deutsche Finanzhilfe für Frankreich?

Durch Rückkauf der Saargruben. — Englische Gerüchte.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Neuyork, 12. August. Nach einer Londoner Meldung hat dort eine Finanzkonferenz zwischen Parker Gilbert, Norman und Parmentier stattgefunden, in der ein Vorschlag zur sofortigen Kapitalisierung der Dawes-Bons als unpraktisch und wirtschaftlich ungesund abgelehnt wurde. Angeblich soll auf diesen Beschluß der damalige Frankensturz zurückzuführen sein. Der Präsident der Federal Reserve Bank, Strong, der an der Konferenz nicht teilnahm, reiste darauf nach Holland zu Besprechungen mit dem Reichsbankpräsidenten Schacht, der wieder, nach der Londoner Meldung, direkte Vorschläge zur finanziellen Unterstützung Frankreichs machte auf der Grundlage der Räumung des besetzten Gebietes. Es wird ferner gemeldet, daß Strong und Schacht eine deutsche Finanzbeihilfe an Frankreich durch einen Rückkauf der Saargruben erörtert hätten. Die Anregung hierzu sei von Paris ausgegangen. Strong habe darauf hingewiesen, daß Deutschland auf diese Weise Frankreich helfen könne.

Erleichterungen im besetzten Gebiet.

Vorbereitungen für den Abbau der Truppenzahl.

Von gut unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß bereits in allernächster Zeit mit dem Beginn der von der französischen Regierung zugesagten Maßnahmen zur Erleichterung der Besatzungslasten im Rheinland zu rechnen sei. Der Abtransport großer Truppeneinheiten scheint zunächst nicht beabsichtigt zu sein, aber es sind bereits vom **französischen Kriegsministerium Maßnahmen zur Umgruppierung der Besatzungsarmee ergangen, Maßnahmen, die bestimmt sein dürften, den Abbau der Truppenzahl vorzubereiten.**

Darüber hinaus soll, wie verlautet, bereits die Anweisung ergangen sein, die verheirateten Offiziere und Beamten der Besatzungstruppen nach Möglichkeit durch nichtverheiratete zu ersetzen, was zu einer Herabschraubung der Wohnungsansprüche wesentlich beitragen dürfte. Die Zurückführung großer Truppeneinheiten soll für die erste Septemberwoche vorgesehen sein.

Vorläufige Verminderung um 10 000 Mann.

Paris, 12. August. Am Quai d'Orsay ist amtlich mitgeteilt worden, daß die Herabsetzung der Besatzungstruppen eine beschlossene Sache sei und noch im Laufe des nächsten Monats zur Ausführung gelangen würde. Die Erleichterung der Okkupationslasten steht, wie es heißt, vorläufig eine Verminderung der alliierten Truppen um etwa 10 000 Mann vor. Frankreich wolle seine Besatzungsarmee von 58 000 auf etwa 50000, die Engländer und Belgier ihre von 12 000 auf 10 000 Mann herabsetzen, so daß etwa vom September ab noch ungefähr 60 000 Mann alliierte Truppen im Rheinlande stehen würden.

Senator Borah zum Clemenceau-Brief.

London, 12. August. Senator Borah veröffentlicht durch Echanger Telegraph im Zusammenhange mit dem Brief Clemenceaus an den Präsidenten Coolidge eine Erklärung, in der er zunächst betont, daß man die vielen niederträchtigen Anschuldigungen, die in dem Briefe enthalten seien, nur der Liebe Clemenceaus zu seinem Vaterlande zuschieben müsse. Die Behauptung, daß Amerika sich bemühe, in Frankreich zu intervenieren, sei absurd. Wenn Frankreich die Schuldenstreichung wünsche, dann müßten alle Schulden und alle Reparationen eingeschlossen sein. Es müsse eine Garantie dafür geschaffen werden, daß der Segen eines solchen allgemeinen Schuldenverzichtes der ganzen Menschheit und besonders Europa zugute komme und nicht den imperialistischen Plänen, die gerade den Völkern das Lebenslicht ausblasen, die in keiner Weise für den Krieg verantwortlich seien.

Ein ganzes Dorf durch Feuer zerstört.

Stolp, 12. August. In dem Dorfe Gressendorf im Kreise Stolp hat sich heute eine furchtbare Brandkatastrophe ereignet. Innerhalb von vier Stunden wurde fast das ganze Dorf eingeäschert. 26 Gehöfte sind den Flammen zum Opfer gefallen. Außer dem Inventar und der Ernte, die bei dem schönen Wetter der letzten Tage fast ganz eingefahren wurde, sind etwa 150—200 Schweine, 50 Kühe und etwa 10 Pferde verbrannt. Sämtliche Telephonleitungen und die Kabel der Ueberlandzentrale sind zerstört. Das ganze Dorf gleicht einer einzigen Trümmerstätte. Glücklicherweise ist kein Verlust an Menschenleben zu beklagen.

Verfassungsfeier im Reichstag.

Reichspräsident und Reichsregierung am Verfassungstage.

Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.

Berlin, 11. August.

Der Reichstag bot heute ein anderes Bild, als man es sonst an Sitzungstagen gewohnt ist. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Aber in das Dunkle der Männerkleidung mischte sich diesmal die Farbenpracht der Toiletten der Damen, die mit erschienen waren, um die Feier des Verfassungstages zu begehen. Ein gleiches Bild boten die überfüllten Tribünen. Der Saal selbst war einfach, aber eindrucksvoll geschmückt. Überall war er mit Tannengrün überzogen, in das sich geschmackvoll gelbe Herbstblumen einmischten. Über dem Präsidententisch war ein riesiger Reichsadler angebracht, der von den Wappen der verschiedenen deutschen Länder flankiert wurde. In der Wandelhalle hatte man die vom Reiche für das Internationale Arbeitsamt in Genf gestifteten, vom Maler Max Pechstein geschmückten fünf Glasfenster zur Ansicht aufgestellt, die Arbeitsprozesse aus Industrie und Landwirtschaft in prächtiger Ausführung darstellen. Auf dem weiten Platz vor dem Reichstagsgebäude, der jetzt „Platz der Republik" heißt, wehten an 15 Meter hohen weißen Masten Reichsflaggen und Reichsmarinefahnen. Im Laufe des Vormittags hatte sich eine nach Tausenden zählende Menschenmenge angesammelt, die mit besonderem Interesse den Anmarsch der Ehrenkompagnie und die Anfahrt der Gäste bei der Feier betrachtete. Während der Vorgänge im Sitzungssaal spielte eine Militärkapelle im Freien vaterländische Märsche. Kurz vor 12 Uhr verkündete das Hochrufen der Menge das Herannahen des Reichspräsidenten von Hindenburg, der pünktlich, begleitet vom Reichstagspräsidenten Löbe, seine Loge im Saal betrat und sich nach allen Seiten hin verneigte, während die Anwesenden sich von ihren Sitzen erhoben hatten. Damit hatte der eigentliche Festakt begonnen und der Staats- und Domchor unter Leitung von Professor Rüdel sang das alte Lied „An die deutsche Nation". Dann rollte in dem Rahmen von etwas über einer halben Stunde das Programm ab. Die Festrede hielt der Reichsinnenminister Dr. Külz, der einen geschichtlichen Überblick über die Verfassung gab und namentlich deren friedlichen Charakter dabei unterstrich. Reichskanzler Dr. Marx drückte in einer kurzen Ansprache seine Freude darüber aus, daß im deutschen Volk immer mehr die Einsicht über den Wert der Verfassung für den Wiederaufbau der Nation an Boden gewinne. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf Deutschland schloß der Reichskanzler, worauf mit dem gemeinsamen Gesange des ersten und dritten Verses des Deutschlandliedes die eindrucksvolle Feier im Saal endete, um vor dem Hauptportal ihren würdigen Abschluß zu finden. Gegen ¾1 Uhr erschien der Reichspräsident, begleitet von den Herren seiner Umgebung, auf der Freitreppe, während die Ehrenkompagnie präsentierte, deren Front er darauf abschritt und die Parade abnahm. Endlose Hochrufe der Menge, die das Deutschlandlied sang, begleiteten den Präsidenten von Hindenburg bei seiner Abfahrt.

In der Stadt trugen sämtliche Reichs-, Staats- und städtischen Gebäude Flaggenschmuck; auch viele Privathäuser hatten in Reichsfarben oder in preußischen Farben geflaggt. Ebenso hatten die ausländischen Botschaften und Gesandtschaften und die Konsulate ihre Landesflaggen gehißt. Alle Schulen wurden nach einer kurzen Feier in den Morgenstunden geschlossen.

*

Reichsminister Dr. Külz

betonte zunächst in seiner Festrede, daß man kein jubelndes Fest feiere, sondern eine Feier ernstesten Gepräges, einen Tag der Einkehr, der Selbstbesinnung, der nationalen Sehnsucht und Hoffnung. Einen Tag, an dem das ganze deutsche Volk sich eint in dem Gedanken an das Schicksal seiner selbst. Als großer Grundgedanke der Verfassung müsse in ihr verkörpert sein der

Wille zur nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Wiedergeburt und Selbstbehauptung.

Es gäbe kein zweites Beispiel in der Geschichte der Welt, wo ein Volk in einer Zeit furchtbarer Heimsuchung so schnell Willen und Kraft zu einer von so tiefem sittlichen Ernst getragenen Neuordnung seines staatlichen Lebens fand wie das deutsche. Gewiß seien die Ziele der Weimarer Verfassung nicht von heute auf morgen zu erreichen. Wo Staaten und Weltordnungen zusammenbrechen, könne der Neubau nicht schnell fertig sein. Gewiß, eine Verfassung sei nichts Überirdisches und nichts Unvergängliches, aber ihr Bestand werde um so gefestigter sein, je stärker ihr Inhalt die politischen, sittlichen und wirtschaftlichen Kräfte des Volkes der Gesamtheit dienstbar mache. Es solle uns fern liegen, ein Pharisäertum der Republik aufzurichten und kritiklos alles das schmähern zu

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF